

Sebastian

Durch und durch undemokratisch

rw, 25.09.2014 08:02 Uhr



Das Freihandelsabkommen darf nicht kommen, da sind sich das Reutlinger Regionalbündnis »Stopp TTIP« und auch Umweltminister Franz Untersteller einig. Foto: ach

TTIP – bei der Frage auf der Straße, was sich denn wohl hinter diesem Kürzel versteckt, zucken die meisten Menschen mit den Schultern. Dass die meisten Bürger so gut wie nichts darüber wissen, wird durchaus bewusst so gehalten, denn die Verhandlungen sind geheim. Ein Uding, sagte nicht nur Ulrike Kresslein von attac Reutlingen: »Das ist durch und durch undemokratisch.« Zumal ja 600 Berater der Industrie mit am Verhandlungstisch sitzen, darunter auch Monsanto, der weltweit führende Produzent von Saatgut und Herbiziden, wie Karin Berkemer vom »AK Gentechnikfreies Ermstal« am vergangenen Sonntag auf dem Reutlinger Marktplatz erläuterte. Das Freihandelsabkommen muss verhindert werden, da sind sich zahlreiche Gruppierungen einig, die sich unter dem Namen »Reutlinger Regionalbündnis – Stopp TTIP« zusammengefunden haben. Und sie verdienen unser aller Unterstützung, denn: Sollte das Abkommen zwischen den USA und Europa tatsächlich unterzeichnet werden, könne es nach der Aussage von Andrea Scheib vom BUND-Kreisverband niemand mehr verhindern und auch keine Änderungen mehr bewirkt werden.

Der wohl dickste Hund im Inhalt von TTIP: Ein geplanter »Investitionsschutz« würde dafür sorgen, dass etwa US-Konzerne europäische Staaten wegen entgangener Gewinne verklagen könnten. Das hört sich nicht nur pervers an, das ist es auch, wie das umstrittene Verfahren zur Gasgewinnung verdeutlicht, denn: Selbst wenn die Bundesregierung sich entschließen würde, Fracking zu verbieten – trotzdem könnten Milliarden-Klagen vor außerstaatlichen Schiedsgerichten auf den Staat zukommen. »Damit würden Parlamente entmachtet«, so Scheib. Das Reutlinger Aktionsbündnis bemüht sich redlich, Aufklärungsarbeit zu betreiben, die Resonanz in der Bevölkerung ist aber sehr gering. Dabei kann jeder Einzelne davon betroffen sein, es gibt eine Vielzahl an Bereichen, die von TTIP nicht unberührt blieben. Etwa bei der Einschränkung von Arbeitnehmerrechten. »Wir dürfen keine Aushöhlung von Standards zulassen«, sagte Landesumweltminister Franz Untersteller am Sonntag bei einer Stippvisite auf dem Reutlinger Marktplatz.

»Die Umgehung von Umweltschutz und Menschenrechten muss verhindert werden.« So manchem Aktiven des Regionalbündnisses erscheint das bisherige Eintreten der Politik aber alles andere als ausreichend. Der Grünen-Politiker Untersteller wurde am Sonntag zum Teil heftig angegangen, er würde sich zu wenig gegen das Freihandelsabkommen einsetzen. Eberhard Fräsch vom Eine-Welt-Verein gab dem Minister versöhnlich mit auf den Weg, »die Landesregierung muss darauf pochen, dass der Bundesrat in die Verhandlungen um TTIP mit einbezogen wird«. Ob's wirkt? Wie sich Freihandelszonen auswirken können, das sehe man ja am besten in Mittelamerika, sagte Herbert Löhr: »Seitdem dort solch ein Abkommen gilt, werden die Interessen von Großkonzernen und Großgrundbesitzern mit kriminellen Mitteln durchgesetzt.« Und wem würde das TTIP eigentlich nutzen? »Nur den großen Wirtschaftsunternehmen«, betonte Johann Kuttner. »Es geht um Macht, um die Vormachtstellung im Welthandel, wer da die nächsten zehn Jahre das Sagen hat«, erläuterte Albert Mages.

Keine Frage – das Abkommen würde jeden Bürger, auch in Reutlingen, betreffen. Etwa durch genmanipulierte Pflanzen, deren Einfuhr dann problemlos erfolgen könnte und sich der Genmais oder Genkartoffeln etwa auch auf deutschen Äckern breitmachen würde. Oder beim Verbraucherschutz. »Die Kennzeichnungspflicht für Lebensmittel aus genmanipulierten Pflanzen gilt als Handelshemmnis«, schreibt etwa das Umweltinstitut in München. Also weg mit der Pflicht zur Kennzeichnung? Im Gegenteil – TTIP muss weg. Es gäbe ja Alternativen, aber die nützen natürlich nicht einzig und allein den Großkonzernen.